

Correspondent.

Bezugspreis Vierteljährlich: Bei Abholung von den Umschlagstellen 4 Mk., monatlich 25 Pf.; durch die Postträger und die Post bezogen 1,20 Mk. durch den Postboten ins Haus 1,32 Mk. Einjahrsbetrag 5 Mk.
Erscheint wöchentlich 6 mal vermittels halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- u. Festtagen; in den Umschlagstellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14facher Modebeilage.
4seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Zeitsp. über deren Raum 8 Pf. für Kreis-Abrechnung 10 Pf., außerdem 15 Pf. für alle anderen Anzeigen 25 Pf. Bei Kleinanzeigen und Inseraten werden von unserer Geschäftsstelle sowie sämtlichen Anzeigenstellen entgegengenommen.
— Nachdruck unserer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet. —
Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 282.

Freitag den 1. Dezember.

1905.

Die „Denkschrift“ über die Fleischnot.

Die angekündigte Denkschrift des Herrn von Bobbelski über die Fleischnot ist am Mittwoch dem Reichstage zugegangen; sie erscheint noch gerade rechtzeitig, um als Grundlage für die auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Reichstages gestellte Interpellation über die Fleischnot zu dienen. Auf Objektivität vermag die Denkschrift aber, selbst wenn man bei ihren Verfassern den besten Willen voraussetzt, schon aus dem Grunde keinen Anspruch zu machen, weil das in ihr verarbeitete Material in der Hauptsache von den Landwirtschaftskammern bezugsfähig worden ist, deren einseitig agrarischer Standpunkt zur Genüge bekannt ist. Die Regierungspräsidenten haben zwar ebenfalls statistisches Material über den Auftrieb auf den städtischen Schlachthöfen, über die Klagen über den Mangel des Gewichts der Schlachttiere und über die Schädigung des Fleischgenerates sammeln müssen, doch sind die daraus gezogenen Schlüsse offensichtlich so tendenziös gefärbt, daß sie einer gründlichen Nachprüfung bedürfen. Das statistische Landesamt hat ferner an 165 Markorten Erhebungen über die dort bezahlten Preise anstellen müssen, und schließlich sind auch die konsularischen Vertretungen im Auslande bemüht worden, über die dortige Preisbildung Bericht zu erstatten.

Wie wenig beweiskräftig und sichhaltig aber alles dieses Material ist, zeigt am charakteristischsten der Umstand, daß die Verfasser der Denkschrift selber sich nicht getrauen, ein bestimmtes Urteil darüber abzugeben, wann eigentlich ein vermehrtes Angebot von Schlachtvieh und damit ein Rückgang der abnorm hohen Preise zu erwarten sein wird. Einzelne Berichte haben — ähnlich wie Herr v. Bobbelski, der ja im August erklärte, daß die Fleischnot in längstens fünf Wochen „überwunden“ sein werde — eine Steigerung des Auftriebes schon für die Herbstmonate in Aussicht gestellt — der Herbst ist aber bald vorüber, ohne daß von einem solchen vermehrten Auftrieb etwas zu spüren wäre; andere wieder stellen eine Milderung der Fleischnot für den Dezember in Aussicht. „Einige wenige Berichte — so ist ferner wörtlich in dieser famosen Denkschrift zu lesen — glauben sie sogar erst zu Beginn des nächsten Jahres erwarten zu dürfen.“ Diese „wenigen“ werden aber, wie zu befürchten ist, leider nur zu sehr recht behalten. Es mehren sich die Stimmen jetzt aus fast allen, die der pessimistischen Ansicht sind, daß vielleicht gar erst das Frühjahr eine Besserung der Lage auf dem Fleischmarkt bringen wird.

Die Denkschrift schreit — wohl zum Beweise ihrer Objektivität — auch nicht vor der Verdächtigung zurück, daß die Händler alles daransetzen werden, durch eine mäßige Beschickung der Märkte die Marktpreise hoch zu halten, und daß nach dem endlich eingetretenen Fallen der Marktpreise die Schlächter mit den Fleischpreisen zögernd und nur widerwillig heruntergehen würden.“ Auf derselben Höhe objektiver Darstellung sieht die in der „Schlußbemerkung“ aufgestellte Behauptung, unter den verschiedenen Momenten, die die Teuerung veranlassen könnten, seien in erster Linie zu nennen: „Die auf Öffnung der Grenzen und den Bruch mit dem gegenwärtigen wirtschaftlichen System gerichtete leidenschaftliche Agitation der Presse und der politischen Parteien, die nicht einwandfrei Notierung auf den Schlachtviehmärkten und die, wenn auch nicht allgemeinen, so doch vielfach beobachteten Mängelhaftigkeiten der den Viehhändler betreffenden Händler, Kommissare und Großschlächter.“ Natürlich kann in einem solchen den einseitigen agrarischen Interessenstandpunkt abnehmenden Glaubensatz die Bekämpfung nicht fehlen, die dauernde Erhöhung der Fleischpreise sei u. a. zurückzuführen auf „die hohen Einnahmen, die die Städte aus ihren Vieh- und Schlachthöfen erzielen, die sich immer mehr steigende Ausdehnung des Zwischenhandels über das wirtschaftliche Bedürfnis hinaus und die großen Unkosten, mit denen die Fleischer heututage arbeiten.“

Alles in allem: Eine einseitige Enquete ist wohl noch niemals von einer deutschen Behörde veröffentlicht worden. Der Herr Reichskanzler und der preussische Herr Landwirtschaftsminister hätten sich die Umsage bei den Landwirtschaftskammern und die Erhebungen durch die Regierungspräsidenten ruhig sparen können, wenn sie nur das von den Interessensvertretungen des Bundes der Landwirte gelieferte Material wie es scheint als brauchbar und beweiskräftig anerkennt.

Zur Lage in Russland.

Das Zarreich kann nicht zur Ruhe kommen vor lauter Arbeiterunruhen, Militär- und Beamtenrevolten. Das neueste ist, wie schon gestern gemeldet, ein Generalstreik der Post- und Telegraphenbeamten, der am Dienstagabend in Moskau anfing und sich auf das ganze Land im Nu ausgebreitet hat. Aus Petersburg wird über die Ursachen dieses Streiks folgendes gemeldet: Die Repressivmaßnahmen des Ministers des Innern Durnowo gegen die Post- und Telegraphenbeamten sowie das Verbot, dem Verbands derselben beizutreten, und die Entlassung von 25 Organisations-Beamten bezogen die Beamten, Dienstag früh von dem Ministerpräsidenten Grafen Witte die Erfüllung ihrer Wünsche innerhalb 12 Stunden zu fordern. Da aus Petersburg keine Antwort einging, begannen die Beamten in Moskau den Ausfall. Der Telephonverkehr Moskau-Petersburg ist eingestellt. In allen Hauptzentren, wie Sibirien, Charkow, Dnestra, Rostow, Nischni, Kasan usw. streifen die Telegraphenbeamten.

Aus Sebastopol meldet die „Nowoje Wremja“ unter dem 28. Nov.: Die Ergebung der Meuterei, welche bereits von der Stadt abgegrenzt sind, soll durch eine Blockade erreicht werden. Die Zahl der Meuterer beträgt etwa 1000. In den Kasernen befinden sich etwa 400 Generebe und eine geringe Anzahl von Patronen. Der Adjutant des Kommandanten von Sebastopol telegraphierte, daß keine Anordnungen ausfinden. Die Meuterer verhalten sich ruhig.

Der Streik der Moskauer Arbeiter nähert sich dem Ende. Die Fabrikinspektoren hielten am Dienstag eine Abnahme der Auswanderungsbewegung fest. Die Arbeiter kehren in Massen zur Arbeit zurück.

In russisch-Polen gibt es allenthalben noch gewaltig. Neuerdings ist in Dombrowo auf den Kohlengruben Renard, Gasmir und Szein ein Ausfall ausgebrochen.

Graf Witte über die Autonomiefrage. Dem Ministerpräsidenten Grafen Witte ist ein Telegramm einer Gruppe von Einwohnern von Karas (Kaufassen) zugegangen, welches im Hinblick auf die Gerüchte von der angeblich bevorstehenden Ernennung der Autonomie an Finnland, Polen, Kaufassen die Regierung bittet, die Frage der Autonomie nicht vor der Einberufung der Duma zu lösen, denn die Wehrlichkeit des russischen Volkes sei dagegen. Ministerpräsident Graf Witte erwiderte telegraphisch, daß russische Volk keine Berufung sein. Der Ministerrat werde sich nicht scheitern, dem Kaiser eine Maßregel vorzuschlagen, welche die Abtrennung der äußeren Provinzen vom Reich herbeiführen könnte, dem sie durch sehr harte, der Geschichte angebrachte Mühen erleidet worden seien. Es würde eine wahrhaftige, mit der Verantwortlichkeit vor dem Kaiser und der Nation unvereinbare Handlungsweise sein, Entschlüsse fassend herbeizuführen könnten. Die Initiative in den die Außenprovinzen betreffenden Fragen könne nur von der Duma ausgehen, doch sehe die Regierung keinen Teil der Bevölkerung ohne Vertrauen oder mit Misstrauen an. Indem sie den Willen des Kaisers ausföhre, müsse die Regierung alle nationalen und religiösen Sonderheiten familiärer Teile der Bevölkerung achten und erhalten.

Der russische Marineminister, Vizeadmiral Witlen, erläßt den Befehl, die Matrosen der Jahregänge 1898, 1899 und 1900 sofort zu entlassen.

Darüber berichtet eine große Freude in Kronstadt und Petersburg. Viele dieser Matrosen haben ihre Dienstzeit noch gar nicht abgedient. Die Reserven erhalten Befehl, die Hauptstadt sofort zu verlassen.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Der österreichische Ministerpräsident hat sich unter dem Zwange der Tschechen bezüglich des allgemeinen Wahlrechts in einem Zeitraum von knapp zwei Monaten aus einem Gezer zu einem Anhänger bekehrt. Am Abgeordnetentag, das am Dienstag wieder zusammentreten ist, äußerte sich Herr v. Gaußich ganz anders über die Wahlreform, als er es zu Anfang Oktober noch getan hatte. Nach dem Bericht des „Wienschen Bureau“ stellt Herr v. Gaußich am Dienstag in seiner Programmr Rede fest, daß das Haus durch seinen Beschluß vom 6. Oktober formell der Frage der Einführung des allgemeinen Wahlrechts die Dringlichkeit nicht zuerkenn, durch die damals erzielte Mehrheit aber die Unerlässlichkeit einer Wahlreform anerkannt habe. (Lebhafte Zustimmung.) In dem Beschlusse des Hauses habe somit die dringende Aufforderung für die Regierung gelegen, diese Frage sorgfältig und unbefangenen zu prüfen und diese habe deshalb sofort die Beschaffung des nötigen Materials und dessen Verarbeitung angeordnet. Das Haus möge daraus entnehmen, daß die Regierung leiner anderweitigen Aneuerung bedürftig hätte, am allerwenigsten hätten die Demonstrationen ihr Tempo zu beschleunigen vermocht. (Zustimmung.)

Ihr habe das Wort des Hauses genügt, sowie die klare Erkenntnis, daß eine Regierung, die in einer so grundlegenden Frage nicht führend vorgeht, auf den Namen einer Regierung keinen Anspruch habe. (Lebhafte Beifall.) Der Ministerpräsident beschränkt hierauf eingehend die verschiedenen Wahlrechtssysteme und betonte hierbei, das Parlament müsse eine Photographie des Staates darstellen, und müsse auch nach Wegfall der besondern Wahlkörper ein möglichst treues Abbild Oesterreichs bilden, in dem alle kulturellen und nationalen Kräfte des Staates eine verhältnismäßige Vertretung wiederfinden. — Nach einem Hinweis auf die historische Entwicklung des Wahlrechts in Oesterreich stützte der Ministerpräsident die Grundgedanken der in Aussicht genommenen Reform und betonte, daß auch bei der neuen Wahlreform der Grundfas aufrecht erhalten werden müsse, daß die früher erworbenen öffentlichen Rechte weiter gelten müssen. Die Regierung könne daher weiter daran denken, den des Lesens und Schreibens Unterdigen das Wahlrecht nimmer zu entziehen, noch daran, es auf wirtschaftlich selbständige Personen zu beschränken; dagegen begründe die Schäftigkeit lediglich den Zeitpunkt, in welchem das Wahlrecht in einer bestimmten Gemeinde ausgeföhrt werden dürfe. — Der Ministerpräsident verbreitete sich dann weiter über die Sicherheit der Freiheit der Wahlen, den Schutz der nationalen Minderheiten gegen die Uebermacht der Kopfzahl und betonte schließlich, daß die Regierung entschlossen sei, die Frage zu Ende zu bringen, die nicht mehr ohne Lösung gelassen werden könne. Das Haus beschloß sofortige Eröffnung der Debatte über die Regierungserklärung. Abg. Graf Sternberg erklärte, die Regierung wisse wohl, daß dieses Haus das allgemeine Wahlrecht nie votieren werde. Bevor man an die Reform einer so wichtigen Frage schreite, hätte das Haus aufgelöst und die Wähler befragt werden müssen. Abg. Duccul beschwerte als einzigen Weg für eine Sanierung der gegenwärtigen fauligen Verhältnisse, die Einführung des allgemeinen Wahlrechts und der nationalen Autonomie. Die Verhandlung wird hierauf am Donnerstag vertagt. — In Wien veranstalteten am Dienstag als Abschluß der Wahlrechtsdemonstrationen die sozialdemokratischen Parteien fast aller Wiener Bezirke Versammlungen, die zahlreich besucht waren und

Der Untergang des Passagierdampfers „Hiba“ Die Ergründung der sechs Lieberbedenken...

Folgen des Sturm. Der seit 1872 tobt hat während 17 Stunden auf dem Ozean...

Ein Vernehmlich für die Kriegswaisen. Wie die „Barce“ mittel, hat die am 12. August...

wurde bestimmungslos aufgehoben und mit größter Schnelligkeit in das Hospital gebracht...

Eine große Sprengung ist in Gersdorfen in Unterort an der Gasse geschehen...

Eine seltene Brandstiftung. Wie weit die Ansprüche auf Schadenersatz gehen, die an eine Feuerversicherungs-Gesellschaft...

Ueber 40 Millionen Mark hat die Hamburger Bürgerschaft für die Stadtbahn bemittelt...

Ein Gemerke in der Hamburger Hafen. Ein Arbeiter in der Fabrik...

Gerichtsverhandlungen. Gericht, 28. Nov. Die hiesige Strafammer beurteilt den württembergischen...

Das Setzliche Schenkwirtschaft. Die von der Landesregierung...

Neueste Nachrichten.

London, 30. Nov. (S. Z. B.) Aus Sebastopol wird gemeldet, daß es gehen zwischen Meutern und Regierungstruppen...

Berlin, 30. Nov. Die geistigen Etich- und Ersatzwahlen zur Stadtverordneten-Versammlung...

Petersburg, 30. Nov. Von dem allgemeinen Post- und Telegraphenstreik in Russland...

Generalstreik, bei dem erste Zusammenstöße mit Autoritäten wohl unvermeidlich sein werden...

London, 30. Nov. (Neuerliches Bureau.) Die geistige Eröffnung der Arbeiterzelle...

Bern, 30. Nov. Den Schweizer Bundesbahnen ist eine Geldsendung von 100,000 Frs...

New-York, 30. Nov. Deutschland hat den deutsch-amerikanischen Handelsvertrag...

Madrid, 30. Nov. Um die von den Offizieren der Garnison geplanten Kundgebungen...

Tosio, 30. Nov. Die Regierung beschloß, die japanischen Gesandtschaften...

Waren- und Produktensätze. Berlin, 29. Nov. Weizen 1000 kg. 179 1/2...

Das hiesige Wetter, die hiesigen amerikanischen Kurse sowie zunehmender Bedarf des Reiches...

Reklameteil.

Ah, ah, ah, der Winter der ist! So singen die Kinder, und wer nicht aus dem Stollen...

Anzeigen.
Für diesen Teil übernimmt die Redaktion
den Kasellum gegenüber keine Verantwortung.

Familien-Nachrichten.
Dankfagung.
Für die vielen Beweise der Liebe und Teil-
nahme beim Begräbnis meines innigst geliebten
Mannes, wegen Allen, insbesondere Herrn
Winius und seinen Kollegen, welche den Sarg
mit Blumen und Kränzen schmückten und ihn
zur letzten Ruhe geleiteten, meinen tiefgefühltesten
Die teilnehmende Witwe
Wilhelmine Winter.

Danksagung.
Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben
Mannes, meines guten Vaters, lasen wir für
die vielen Beweise herzlichster Teilnahme allen
unseren innigst dank. Besonders Dank der
Firma Blände und dem Verein chem. Zder.
Friederike Zimmermann
geb. Förster nebst Kindern.

Die sämtlichen Bauarbeiten und Reparaturen
zur Herstellung einer Kapselkiste für die Neu-
marktschule sollen öffentlich in einem Lot
verkauft werden. Die Bedingungen nebst Kosten-
anschlag liegen auf dem Stadtamtamt an den
Betttagen von 11-1 Uhr zur Einsicht aus.
Termin zur Öffnung der Offerten ist am
Montag den 4. Dezember,
vormittags 11 1/2 Uhr
anberaumt. Später eingehende Offerten finden
keine Berücksichtigung.
Merseburg, den 28. November 1905.
Die Baudeputation.

Eine Wohnung ist zu vermieten u. l. Jun-
zu beziehen. Zu erfragen bei **Frühling, 21.**
Ältere Leute suchen 1. April eine
Wohnung Mitte der
Stadt. Preis 330 bis 360 Mk. Offerten
unter **M R 13** an die Exped. d. Bl.

Für 3 erwachsene Personen zum 1. April
1906 oder früher

ein Logis
ruhigen Ganges gesucht. Preis bis 325 Mk.
Offerten niederzuliegen bei
Herrn **C. Brendel**, Gothastraße 45.

Freundlich möbliertes Zimmer
mit Schlafsofa an einem Herrn zu vermieten
Gothastraße 4.

Unmittelbar an neuen Logis sind
Feldgrundstücke
mit großen Sandlagern zu verkaufen zu ver-
kaufen. Bedingungen betreffen Offerten **sub**
M R 3 in der Exped. d. Bl. niederzuliegen.

Ein gut erhaltener
nussb. Spieltisch und 1 Tischchen
mit Marmor
sowie 3 schwarze Büstenkonsolen
zu verkaufen. Zu erfragen beim Tischlerei-
meister **Hetzscholdt**, Wilhelmstraße 3.

1 Paar Säuerfleischweine
sind zu verkaufen **Sand 22.**

Robfleisch- Robfleisch-
Verkauf.
Neu eröffnet! Neu eröffnet!
Neumarkt 42.

Als bestes
Weihnachtsgeschenk
empfehle meine selbstgeernteten
Wäscherollen
neuester und bester Konstruktion,
alter Art und Größe.
Langjähr. Garantie!
Billigste Preise!
Stets großes Lager!
Preisliste gratis und franco.
A. Landmesser,
Bismarckstr. 103.
Halle a. S., Werstatt für Drehsrollen.

Neuesten-Zeise, Dr. Anhu's Gly-
cerin-Zweckmilch-Zeise bei Flecht-
ten, Hautausschlägen, Mittelfen,
Sommererpfaffen, roter Haut,
Schuppen, Haarausfall. Are och
mit Namen Dr. Anhu's Glycerin
Euthearungs-mittel, sofort, wirkt
sofort. Hier: Max Bagen, Kaiser-
drugerie, Neumarkt 3.

Frische Veilchen
erhält durch seinen überaus natürl. über-
aus reichlich
Haderbecker Wald-Veilchen
v. Bergmann u. Co., Raddebe.
a. Hl. Nr. 125 und 2. - bei **E. Müller.**
Als passende Weihnachtsbesonderheit empfindet:
Glückwünsch-
u. Visitenkarten
in reicher Auswahl, billige Preise.
Fr. Karius, Struß 17.

Fortsetzung der
Kleiderstoff-Auktion
zur guten Quelle
Sonnabend den 2. Dezember.
Anfang vorm. 9 Uhr, nachm. 2 bis 6 Uhr.
Paul Soult.

Färberei Mauersberger,
chemische Reinigungs-Anstalt
für Garderoben und Dekorationen jeder Art,
Leppische, Federn, Handschuhe u.
Gardinen-Wäscherei und -Spannerei.
Filiale: Merseburg, Markt 9.

Schuhwaren.
Größte Auswahl. Billigste Preise.
Stern & Cie.,
Merseburg, kl. Ritterstr. 3.
Zur bevorstehenden Stollenbäckerei
empfehle
feinsten Kaiserauszug,
sowie prima Weizenmehl 00.

Thilo Rudolph, Gothastraße 18,
Spezialgeschäft in West u. Auerarbeiten.

Eiserne Bettstellen
für Kinder u. Erwachsene
in sauberer und geschmackvoller Ausführung finden Sie
hier in größter Auswahl bei:
Emil Pursche, Neumarkt
Auflagematratzen
in allen Größen vorräthig.

Kaufe alle Arten Laubhölzer,
welche bis zum 15. Februar 1906 gefällt werden können.
gegen bare Kasse.
Hölzer zum Lohnschnitt können jederzeit angefahren werden. Gute Anfuhr. Prompte
Bedienung. Wächtige Preise.
Dampfmagewerk Jetschke, Hallestraße 10/11.

Emil Pursche, Neumarkt
Auflagematratzen
in allen Größen vorräthig.

L. Nürnberger.

Gesang-Verein
„Choral“
hält Sonntag den 3. Dezember 1905 sein
Vergnügen
im „Zürinac Hofe“ ab, Nach-
mittags 3 Uhr Zünzchen, abends
8 Uhr Abendunterhaltung u. Tanz.
Freunde und Gönner des Vereins
sind herzlich willkommen.
Der Vorstand.

Zurnverein Rothstein. E. V.
Sonnabend den 3. Dezember im Vereinslokal
„Casino“ von nachm. 3 und abends 8 Uhr an
Gesellschaftsfestchen.
Die ionst Eingeladenen sind freundschaft-
lich willkommen.
Der Vorstand.

Darlehen gibt Selbstgeber ohne
Bauschlag.
Bachmeier, Berlin, Straßburgerstr. 69.
Nüchporto.

Massagen
C. Wagner, Halle/Saale,
Charlottenstr. 18/11, früher Köpferplan.
Halle a. S.
Hotel u. Restaurant
„Pilsener Urquell“
Hl. 3. Kaufmann.
Barßsche Straße 20, 140
Grenz am Markt, im d. Theater
Vorzügliche Verpflegung, Größtflüssige Bier.
Zimmer von 2.- Mk. an.
Tel. 1061.

Rahnhof Niederbeuna.
Sonnabend den 3. Dezember
Pfannkuchenschmaus,
worauf freundlichst einladet **Fr. Zitzsch,**
Kleinsburg, Saale-Süd, bei.

Berannommene Decoration, Medaillen und Medaillen von 24. Professor in Weimar.

Kavallerie-Verein.
Merseburg.
Sonnabend den 2. Dez. abends 8 1/2 Uhr,
Monatsversammlung.
Der Vorstand.

Kirchl. Verein
der Thomasingemeinde.
(Neumarkt).
Montag den 4. Dezember cr. abends 8 Uhr
in der „Stadt Leipzig“
Referat über: „Das Papsttum
in seiner sozial-kulturellen
Bedeutung.“
Wiederholungsfeier.
Der Vorsitzende,
Kneufke, Superintendent a. D.

Belleune.
Sonnabend den 3. Dezember
Klein-Firmes.
Selbstgegeb. Pfannkuchen.
Hubold's Restauration.
Sonnabend abends
Schlachtfest.
Restaurant zum
Merseburger
Raben.
Sonnabend abends
ff. Gauerbraten,
warme Würstchen.
Brenzlicher Adler.
Sonnabend abends Hammelbraten.
Ein ord. ehrl. Arbeitsnachweis
sucht sofort
Otto Elbe jun.

Lehrlings-Gesuch.
Für mein Restauration- und Kaffee-
Esgal Geschäft suche zu Eltern einem mit dem
notigen Schulkenntnissen versehenen jungen Mann
als Lehrling.
Walther Bergmann,
Groß-Kaffee-Händl.
2 Arbeiter
werden angenommen.
Gelbe Erde-Grube,
Kirch-Alte.
Älterer zuverlässiger Mann,
Invalid, sucht leichte Beschäftigung als Bote
oder Begehrer.
Preislerstr. 1.

Maurer
u. Handarbeiter
stellt bei 10-jähriger Arbeitszeit sofort ein
J. C. Möbus,
Zimmerdorfl.
Leute zum Brezeltragen
werden angenommen **Zeitstr. 20.**
Wegen Erkrankung des richtigen
Kesselheizer's
suche per sofort ein solchen
zur Aushilfe.
Dampfmagewerk Jetschke,
Hallestraße 10/11.

Ein silbergrauer Jagdhund
(Weimarsche Hase) auf den Namen
„Golf“ hörend, ist am Sonntag ent-
laufen. Wiederbringer erhält an-
gemessene Belohnung.
Hallesche Str. 15, part.
Eine gold. Damenuhr
mit Verlorenem vom Bahnhof nach Wilhelm-
straße bis Nachheller verloren worden. Abzu-
geben gegen Belohnung in der Exped. d. Bl.
Die Belohnung, die ich gegen **M. Noak**
ausgesprochen habe, nehme ich zurück.
L. Michellmann, Dörflerw. 1.
Für den heutigen Bekanntmachungs-
schein Prospekt des Herrn **J. N. Jensen,**
Rensburg, Saale-Süd-Süd, bei.



Correspondent.

Bezugpreis vierteljährlich bei Vorzahlung von den Ausgabestellen 1 Mk., monatlich 30 Pf.; durch die Umschlag- und die Post bezogen 1,20 Mk., durch den Postboten ins Haus 1,20 Mk., Einzelnummern 3 Pf.
Erscheint wöchentlich 6 mal wochentags halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach dem Com.-u. Festtagen; in den Ausgabestellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14-tägiger Modelilage.
4seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Beilagenzeile oder deren Raum 8 Pf., für sechs Beilagenzeilen 40 Pf., darüber 15 Pf. je Beilagenzeile 25 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden von unserer Geschäftsstelle sowie sämtlichen Annoncenstellen entgegengenommen.
Redaktion prüft Originalberichte nur mit Einverständnis ab. Gestalt für unentgeltliche Einblendungen wird keine Gemüts übernommen.

Nr. 282.

Freitag den 1. Dezember.

1905.

Die „Denkschrift“ über die Fleischnot.

Die angeklagte Denkschrift des Herrn von Bobbelski über die Fleischnot ist am Mittwoch dem Reichstage zugegangen; sie erscheint noch gerade rechtzeitig, um als Grundlage für die auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Reichstages gesetzte Interpellation über die Fleischnot zu dienen. Auf Objektivität vermag die Denkschrift aber, selbst wenn man bei ihren Verfassern den besten Willen voraussetzt, schon aus dem Grunde keinen Anspruch zu machen, weil das in ihr verarbeitete Material in der Hauptsache von den Landwirtschaftsakademern beschafft worden ist, deren einseitig agrarischer Standpunkt zur Gemütsbekannt ist. Die Regierungspräsidenten haben zwar ebenfalls statistisches Material über den Auftrieb auf den schädlichen Schlachthöfen, über die Klagen über den Rückgang des Gewichtes der Schlachttiere und über die Schädigung des Fleischergewerbes sammeln müssen, doch sind die daraus gezogenen Schlüsse offensichtlich ebenfalls so tendenziös gefärbt, daß sie einer gründlichen Nachprüfung bedürfen. Das statistische Landesamt hat ferner an 165 Stationen Erhebungen über die dort bezahlten Preise anstellen müssen, und schließlich sind auch die konfessionären Vertretungen im Auslande bemüht worden, über die dortige Preisbildung Bericht zu erstatten.

Wie wenig beweiskräftig und stichhaltig aber alles dieses Material ist, zeigt am charakteristischsten der Umstand, daß die Verfasser der Denkschrift selber sich nicht getrauen, ein bestimmtes Urteil darüber abzugeben, wann eigentlich ein vermehrtes Angebot von Schlachttieren und damit ein Rückgang der abnorm hohen Preise zu erwarten sein wird. Einzelne Berichte haben — ähnlich wie Herr v. Bobbelski, der ja im August erklärte, daß die Fleischnot in längstens fünf Wochen „überwunden“ sein werde — eine Steigerung des Auftriebes schon für die Herbstmonate in Aussicht gestellt — der Herbst ist aber bald vorüber, ohne daß von einem solchen vermehrten Auftriebe etwas zu spüren wäre; andere wieder stellen eine Milderung der Fleischnot für den Dezember in Aussicht. „Einige wenige Berichte — so ist ferner wörtlich in dieser famosen Denkschrift zu lesen — glauben sie sogar erst zu Beginn des nächsten Jahres erwarten zu dürfen.“ Diese „wenigen“ werden aber, wie zu befürchten ist, leider nur zu sehr recht behalten. Es mehren sich die Stimmen jetzt aus Fachkreisen, die der pessimistischen Ansicht sind, daß vielleicht gar erst das Frühjahr eine Besserung der Lage auf dem Fleischmarkt bringen wird.

Die Denkschrift spricht — wohl zum Beweise ihrer Objektivität — auch nicht von der Verdächtigung zurück, daß die Händler alles daransetzen werden, durch eine mäßige Beschickung der Märkte die Marktpreise hoch zu halten, und daß nach dem endlich eingetretenen Fall der Marktpreise die Schlächter mit den Fleischpreisen zögernd und nur widerwillig heruntergehen würden.“ Auf derselben Höhe objektiver Darstellung sieht die in der „Schlußbemerkung“ aufgestellte Behauptung, unter den verschiedenen Momenten, die die Teuerung veranlaßt hätten, seien in erster Linie zu nennen: Die auf Deffnung der Grenzen und den Besuch mit dem gegenwärtigen wirtschaftlichen System gerichtete leidenschaftliche Agitation der Presse und der politischen Parteien, die nicht einwandfreie Erzeugung aus den Schlachthausmärkten und die, wenn auch nicht allgemein, so doch vielfach beobachteten Mangelkäufe der den Viehhändler beherrschenden Händler, Kommissare und Großschlächter.“ Natürlich kann in einem solchen den einseitigen agrarischen Interessentendunkel abnehmenden Elaboraat auch die Behauptung nicht fehlen, die dauernde Erhöhung der Fleischpreise sei u. a. zurückzuführen auf „die hohen Einnahmen, die die Städte aus ihren Vieh- und Schlachthöfen erzielen, die sich immer mehr steigende Ausdehnung des Zwischenhandels über das wirtschaftliche Bedürfnis hinaus und die großen Verlusten, mit denen die Fleischer beurtugate arbeiten.“

Alles in allem: Eine einseitigere Enquete ist wohl noch niemals von einer deutschen Behörde veröffentlicht worden. Der Herr Reichsfänger und der preussische Herr Landwirtschaftsminister hätten sich die Umfrage bei den Landwirtschaftsakademern und die Erhebungen durch die Regierungspräsidenten ruhig sparen können, wenn sie nur das von den Interessentvertretungen des Bundes der Landwirte gelieferte Material wie es scheint als brauchbar und beweiskräftig anerkennen.

Zur Lage in Russland.

Das Zarenreich kann nicht zur Ruhe kommen vor lauter Arbeiterunruhen, Militär- und Beamtenrevolten. Das neueste ist, wie schon gestern gemeldet, ein Generalstreik der Post- und Telegraphenbeamten, der am Dienstagabend in Moskau anfang und sich auf das ganze Land im Akt ausgebreitet hat. Aus Petersburg wird über die Ursachen dieses Streiks folgendes gemeldet: Die Repressionsmaßnahmen des Ministers des Innern Durnovo gegen die Post- und Telegraphenbeamten sowie das Verbot, dem Verbände derselben beizutreten, und die Entlassung von 25 Organisations des Verbandes bezogen die Beamten, Dienstag früh von dem Ministerpräsidenten Grafen Witte die Erfüllung ihrer Wünsche innerhalb 12 Stunden zu fordern. Da aus Petersburg keine Antwort einging, begannen die Beamten in Moskau den Ausstand. Der Telefonverkehr Moskau—Petersburg ist eingestellt. In allen Hauptorten, wie Sibirien, Charkow, Dnestra, Kiew, Odessa u. a. streikten die Telegraphenbeamten.

Aus Sebastopol meldet die „Nowoje Wremja“ unter dem 28. Nov.: Die Ergebung der Meuterer, welche bereits von der Stadt abgegriffen sind, soll durch eine Blockade erreicht werden. Die Zahl der Meuterer beträgt etwa 1000. In den Kasernen befinden sich etwa 400 Gewehre und eine geringe Anzahl von Patronen. Der Adjutant des Kommandanten von Sebastopol telegraphierte, daß keine Unordnungen stattfinden. Die Meuterer verhalten sich ruhig.

Der Streik der Moskauer Arbeiter nähert sich dem Ende. Die Fabrikinspektoren stellten am Dienstag eine Ausnahme der Ausstandsbesetzung fest. Die Arbeiter kehren in Massen zur Arbeit zurück.

In Russisch-Polen gärt es allenthalben noch gewaltig. Neuerdings ist in Dombrowo auf den Kohlengruben Bernard, Kasimir und Felix ein Ausstand ausgebrochen.

Graf Witte über die Autonomiefrage. Dem Ministerpräsidenten Grafen Witte ist ein Telegramm einer Gruppe von Einwohnern von Karas (Kaukasien) zugegangen, welches im Hinblick auf die Gerüchte von der angeblich bevorstehenden Gewährung der Autonomie an Finnland, Polen, Kaukasien die Regierung bittet, die Frage der Autonomie nicht vor der Einberufung der Duma zu lösen, denn die Mehrheit des russischen Volkes sei dagegen. Ministerpräsident Graf Witte erwiderte telegraphisch, das russische Volk könne herabigt sein. Der Ministerrat werde sich nicht gestalten, dem Kaiser eine Maßregel vorzuschlagen, welche die Abtrennung der äußeren Provinzen vom Reich herbeiführen könnte, dem sie durch sehr harte, der Geschichte angehörende Wäßen einverleibt worden seien. Es würde eine wahnsinnige, mit der Verantwortlichkeit vor dem Kaiser und der Nation unvermeidbare Handlungsweise sein, Entschlüsse leicht zu nehmen, welche die Zerstückelung des durch russisches Blut gemingten und gefestigten Gebietsstandes herbeiführen könnten. Die Initiative in den die Außenprovinzen betreffenden Fragen könne nur von der Duma ausgehen, doch sehe die Regierung keinen Teil der Bevölkerung ohne Vertrauen oder mit Misstrauen an. In dem Willen des Kaisers auszufröhen, müsse die Regierung alle nationalen und religiösen Sonderheiten sämtlicher Teile der Bevölkerung achten und erhalten.

Der russische Marineminister, Vizeadmiral Birelin, erließ den Befehl, die Matrosen der Jahresgänge 1898, 1899 und 1900 sofort zu entlassen.

Darüber berichtet eine große Freude in Kronstadt und Petersburg. Viele dieser Matrosen haben ihre Dienstzeit noch gar nicht abgeleistet. Die Regierungen erteilten Befehl, die Hauptstadt sofort zu verlassen.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Der österreichische Ministerpräsident hat sich unter dem Zwange der Tatsachen bezüglich des allgemeinen Wahlrechtes in einem Zeitraum von knapp zwei Monaten aus einem Gegner zu einem Anhänger bekehrt. Im Abgeordnetenhaus, das am Dienstag wieder zusammentreten ist, äußerte sich Herr v. Gautschi ganz anders über die Wahlreform, als er es zu Anfang Oktober noch getan hatte. Nach dem Bericht des „Wolffschen Bureau“ stellte Herr v. Gautschi am Dienstag in seiner Programmsrede fest, daß das Haus durch seinen Beschluß vom 6. Oktober formell der Frage der Einführung des allgemeinen Wahlrechtes die Dringlichkeit nicht verleiht, durch die damals

erklärte, die Justizministerbeilegen, zu prüfen, ob die geordnete, die Regierung hätte, wenn ihre (benutzen), sowie die einer fange, auf ch habe. befrucht methoden ff eine n, und Wahlkörper reichs en Kräfte beirung auf die Oester Grundgeorm und abstreform der Grundgesetz erhalten werden müsse, daß die früher erworbenen öffentlichen Rechte weiter gelten müssen. Die Regierung könne daher weiter daran denken, den des Lesens und Schreibens Unkundigen das Wahlrecht nimmer zu entziehen, noch daran, es auf wirtschaftlich selbständige Personen zu beschränken; dagegen begründe die Schaffung eines lediglich den Zeitpunkt, in welchem das Wahlrecht in einer bestimmten Gemeinde ausgeführt werden dürfe. — Der Ministerpräsident verbreitete sich dann weiter über die Sicherheit der Freiheit der Wahlen, den Schutz der nationalen Minderheiten gegen die Uebermacht der Kopfzahl und betonte schließlich, daß die Regierung entschlossen sei, die Frage zu Ende zu bringen, die nicht mehr ohne Lösung gelassen werden könne. Das Haus beschloß sofortige Eröffnung der Debatte über die Regierungserklärung. Abg. Graf Sternberg erklärte, die Regierung wisse wohl, daß dieses Haus das allgemeine Wahlrecht nicht votieren werde. Bevor man an die Reform einer so wichtigen Frage schreite, hätte das Haus aufgelöst und die Wähler befragt werden müssen. Abg. Dncial bezeichnete als einzigen Weg für eine Sanierung der gegenwärtigen traurigen Verhältnisse, die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes und der nationalen Autonomie. Die Verhandlung wird hierauf am Donnerstag vertagt. — In Wien veranstalteten am Dienstag als Abhluß der Wahlrechtsdemonstrationen die sozialdemokratischen Parteien fast aller Wiener Bezirke Versammlungen, die zahlreich besucht waren und

der Grundgesetz erhalten werden müsse, daß die früher erworbenen öffentlichen Rechte weiter gelten müssen. Die Regierung könne daher weiter daran denken, den des Lesens und Schreibens Unkundigen das Wahlrecht nimmer zu entziehen, noch daran, es auf wirtschaftlich selbständige Personen zu beschränken; dagegen begründe die Schaffung eines lediglich den Zeitpunkt, in welchem das Wahlrecht in einer bestimmten Gemeinde ausgeführt werden dürfe. — Der Ministerpräsident verbreitete sich dann weiter über die Sicherheit der Freiheit der Wahlen, den Schutz der nationalen Minderheiten gegen die Uebermacht der Kopfzahl und betonte schließlich, daß die Regierung entschlossen sei, die Frage zu Ende zu bringen, die nicht mehr ohne Lösung gelassen werden könne. Das Haus beschloß sofortige Eröffnung der Debatte über die Regierungserklärung. Abg. Graf Sternberg erklärte, die Regierung wisse wohl, daß dieses Haus das allgemeine Wahlrecht nicht votieren werde. Bevor man an die Reform einer so wichtigen Frage schreite, hätte das Haus aufgelöst und die Wähler befragt werden müssen. Abg. Dncial bezeichnete als einzigen Weg für eine Sanierung der gegenwärtigen traurigen Verhältnisse, die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes und der nationalen Autonomie. Die Verhandlung wird hierauf am Donnerstag vertagt. — In Wien veranstalteten am Dienstag als Abhluß der Wahlrechtsdemonstrationen die sozialdemokratischen Parteien fast aller Wiener Bezirke Versammlungen, die zahlreich besucht waren und

der Grundgesetz erhalten werden müsse, daß die früher erworbenen öffentlichen Rechte weiter gelten müssen. Die Regierung könne daher weiter daran denken, den des Lesens und Schreibens Unkundigen das Wahlrecht nimmer zu entziehen, noch daran, es auf wirtschaftlich selbständige Personen zu beschränken; dagegen begründe die Schaffung eines lediglich den Zeitpunkt, in welchem das Wahlrecht in einer bestimmten Gemeinde ausgeführt werden dürfe. — Der Ministerpräsident verbreitete sich dann weiter über die Sicherheit der Freiheit der Wahlen, den Schutz der nationalen Minderheiten gegen die Uebermacht der Kopfzahl und betonte schließlich, daß die Regierung entschlossen sei, die Frage zu Ende zu bringen, die nicht mehr ohne Lösung gelassen werden könne. Das Haus beschloß sofortige Eröffnung der Debatte über die Regierungserklärung. Abg. Graf Sternberg erklärte, die Regierung wisse wohl, daß dieses Haus das allgemeine Wahlrecht nicht votieren werde. Bevor man an die Reform einer so wichtigen Frage schreite, hätte das Haus aufgelöst und die Wähler befragt werden müssen. Abg. Dncial bezeichnete als einzigen Weg für eine Sanierung der gegenwärtigen traurigen Verhältnisse, die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes und der nationalen Autonomie. Die Verhandlung wird hierauf am Donnerstag vertagt. — In Wien veranstalteten am Dienstag als Abhluß der Wahlrechtsdemonstrationen die sozialdemokratischen Parteien fast aller Wiener Bezirke Versammlungen, die zahlreich besucht waren und